

Montag, den 22. September 1919

Lodzer

Einzelverkaufspreis 25 Pf.

Freie Presse

Abonnementpreis: Die siebengepaltene Nonpareillezelle 40 Pf. — Ausland 50 Pf.
Die viereggelte Kellame-Pettizelle 2 M. — Für Plakatschriften 50 Pf.
Anzeigenannahme bis 7 Uhr abends.

Bezugspreis: Die Zeitung erscheint täglich morgens. Montag: mittags. Sie kostet
in Lódz und Umgegend wöchentlich 1 Mark 50 Pfennige, monatlich 6.— Mark.
bei Postverkauf M. 1,75 beginn. M. 7.—

Nr. 250

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lódz, Petrikauer Straße 36

3. Jahrgang

Das Todesurteil über Bulgarien.

Der bulgarische Friedensvertrag.

Lyon, 21. September. (P. A. T.)

Aus dem bulgarischen Friedensvertrag sind folgende Einzelheiten hervorzuheben: Bulgarien soll als Entschädigung für die angerichteten Kriegsschäden 225 Millionen Frank in Gold in Halbjahresraten vom 1. Juli 1920 an zahlen. Ferner verpflichtet sich Bulgarien, Rumänien und den anderen feindlichen Balkanstaaten eine gewisse Anzahl von Hornvieh zu liefern. Falls Bulgarien seine Verpflichtungen nicht erfüllt, würde die internationale Kommission die im Friedensvertrag vorgesehene Kontrolle ausüben und die Steuereinziehung in ihre Hände nehmen. Die Verpflichtungen wirtschaftlicher Natur stimmen mit den Bedingungen des Friedensvertrages von Saint-Germain überein. Bulgarien muß alle Verfügungen aus der Kriegszeit für ungültig erklären, die auf das Eigentum der Bürger der alliierten Staaten Bezug haben. Die ähnlichen Verfügungen der Verbündeten bleiben jedoch rechtskräftig.

Die Klausel über das Militär setzt den bulgarischen Heeresstand auf 20 000 fest, einschließlich der Offiziere. Diese Armee darf lediglich zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und als Grenzpolizei Verwendung finden. Die Rekrutierung wird eine ausschließlich freiwillige sein, mit einer Dienstzeit von 20 Jahren für Offiziere und einer von 12 Jahren für Unteroffiziere. Bulgarien darf höchstens 10 000 Soldaten bestehen, und dies mit dem Vorbehalt, daß die Zahl der Gewehre, über welche es verfügen wird, 30 000 nicht übersteigt. Während eines 3monatigen Termins muß Bulgarien an einem Ort, der besonders festgesetzt wird, den Überschuss an Waffen und Munition abliefern. Die Zahl der Gewehre und Geschütze wird besonders festgesetzt und darf nicht überschritten werden. Der Munitionsvorrat für die 105 mm Geschütze darf höchstens 1500 Geschosse pro Geschütz betragen, für die übrigen Geschütze sind höchstens 500 Geschosse bestimmt. Neue Befestigungen dürfen nicht errichtet werden. Die Einfuhr von giftiger Gase, Panzerautos und Tanks ist verboten. Das Kriegsmaterial darf nur in einer einzigen Fabrik hergestellt werden, und dies in dem durch den Friedensvertrag vorgesehenen Umfang. Sämtliche Kriegsschiffe werden vernichtet; der Bau neuer Schiffe ist verboten. Bulgarien darf sich weder mit militärischem noch mit Seeflugwesen befassen. Der Schutz der nationalen Minderheiten wird durch Bestimmungen geregelt, die mit den Bestimmungen des Vertrags von Saint-Germain übereinstimmen.

Ein Band zur Versöhnung der Völker.

Gens, 18. September.

Hier fand eine von deutschen, französischen, italienischen, österreichischen, türkischen und serbischen Kriegsteilnehmern besuchte Versammlung statt, die einstimmig der Bildung einer internationalen Vereinigung ehemaliger Kriegsteilnehmer zustimmt, die sich die Versöhnung der Völker und den Kampf gegen die Machenschaften des Chauvinismus zum Ziele setzt.

London, 18. September.

Lloyd George hat in City Temple in einer sehr drängt voller Sitzung des Internationalen Brüderchaftskongresses eine Rede gehalten, in der er sagte, die alte Ordnung sei mit dem deutschen Heer, das die Welt bedrohte, für immer hinweggegangen. Durch den Abgang der Hohenzollern, der Habsburger und der Romanows sei die Welt reicher und stärker geworden. Er hoffe, daß alle großen Rüstungen

verschwinden würden. Bezuglich des Völkerbundes sagte er, man müsse befürchten, daß das Chaos einander bekämpfender Nationen fortbestehen würde, wenn nicht die Macht der vereinigten Völker der Welt auf dem Frieden bestehen.

Die Rheinlandfrage.

Köln, 19. September.

Nach der "Kölnischen Volkszeitung" nahm der jetzt hier versammelte Parteitag der rheinischen Zentrumspartei eine Einschließung an, in der über die Behandlung der Rheinlandfrage Beschlüsse aufgestellt werden, nach denen die Befreiung der rheinischen Selbständigkeitswünsche im Rahmen des Deutschen Reiches und im Zusammenhang mit der territorialen Umgestaltung des Reiches unter dem Gesichtspunkt des gesamtdeutschen Interesses und auf dem durch die Reichsverfassung vorgesehenen Wege geschehen soll. Es sollen gleichberechtigte und möglichst gleichwertige Länder mit weitgehender Selbstverwaltung geschaffen werden. Im Falle, daß das aussichtslos ist, können die Befreiungen der Bildung neuer Bundesstaaten nach Art. 18 der Reichsverfassung wieder aufgenommen werden. Die deutsche Reichsverfassung wird rückhaltslos anerkannt. Der Parteitag erwartet jedoch, daß die Reichsregierung und die Volksvertretung die in Art. 167 vorgesehene zweijährige Sperrfrist nicht aufrechterhalten werden, falls die nationalen Notwendigkeiten und die rheinischen Lebensinteressen in Zukunft ihre sofortige Befestigung erfordern sollten. Für die Zwischenzeit wird eine weitgehende Autonomie gefordert. Wer die Loslösung vom Reich anstrebt, schädigt die Interessen der rheinischen Bevölkerung und stellt sich außerhalb der Zentrumspartei. Die Reichsregierung wird aufgefordert, den inneren Umbau des Reiches in vorgedachtem Sinne so rasch wie möglich vorzunehmen.

Das Levante-Abkommen.

Versailles, 19. September.

"Temps" teilt mit, daß zwischen Clemenceau und Lloyd George über die militärische Beziehung der Levante ein Abkommen getroffen wurde. Britische Truppen müssen bis zum 1. November alle Gebiete nördlich der Grenze zwischen Syrien und Palästina räumen, da diese Grenze nur provisorischen Charakter habe und geändert werden könne, wenn die Friedenskonferenz endgültig über die politische Organisation der Levante entscheiden werde. "Temps" sagt, es scheine nicht, daß der Bezirk von Mosul in die Regionen inbegriffen sei, in denen Großbritannien aushöre, für die Aufrechterhaltung der Ordnung verantwortlich zu sein. Ferner sei beschlossen worden, daß die vier Städte Damaskus, Aleppo, Hama und Homs nach dem Abzug der britischen Truppen nicht von französischen Truppen besetzt werden, da sie sich in der Zone befinden, in der nach dem englisch-französischen Abkommen von 1916 die Errichtung eines arabischen Staates oder einer Vereinigung der arabischen Staaten vorgesehen sei. Nichtsdestoweniger aber müsse in Zukunft die arabische Macht Ratschläge und Unterstützung nicht mehr von der britischen, sondern von der französischen Regierung für diese Gebiete verlangen. Unter den Gebieten, aus denen die britischen Truppen zurückgezogen werden müssten, befindet sich auch Cilicien, wo sich bereits französische Truppen, sowie eine französische politische Mission befinden.

Die Lage in Fiume.

Bern, 19. September.

Die italienischen Zeitungen können wieder eigene Nachrichten über die Vorgänge in Fiume veröffentlichen. D'Annunzio erließ ein Manifest an die Schußbesetzungen, in dem er die Kommandowaltung übernimmt und erklärt, Fiume ausschließlich verteidigen zu wollen. Er sandte ferner ein Schreiben an den Kriegsminister und einen Aufruf an das italienische Heer. Der aus Italien erfolgte Anmarsch zweier Divisionen unter General de Robilant soll in Fiume nicht besonders beachtet werden, da man überzeugt sei, daß es die Regierung zu keinen blutigen Zusammenstößen kommen lassen werde.

Die Lebensmittelzufuhr vom Meer und auf dem Landwege sind für Fiume nunmehr völlig abgeschnitten.

Berlin, 21. September. (P. A. T.)

Die Stellung des italienischen Kabinetts ist infolge des Vorgehen d'Annunzios erschüttert. Falls der Konflikt nicht sofort erledigt werden wird, ist eine Kabinettsskrise unvermeidlich.

Der französische Sozialistentongress.

Der Nationale Sozialistische Kongress trat in die Beratung der wichtigen Frage der Kontrolle ein. Es handelt sich hier um die Angelegenheit der 40 sozialistischen Deputierten, die die letzten Kriegskredite bewilligt haben.

Gueret sprach Rappaport über den Geigenkonzert zwischen revolutionärem und reformistischem Sozialismus, also zwischen dem Sozialismus von Lenin und dem Sozialismus von Rossé. Er schilderte die russische Revolution, tadelte jedoch Lenin, weil er die Pressefreiheit aufgehoben habe, und wegen seiner diplomatischen Praktiken und seiner Auslandspolitik. Beide Methoden ständen unter den Methoden des Sozialismus. Wenn man eines Tages erfahre, welche Verbrechen durch die jetzigen russischen Machthaber begangen worden seien, dann werde ein Schrei der Entrüstung durch die arbeitende Klasse gehen. Rappaport sagte: Wir wollen die Nutznießer des Krieges sein, aber nicht im Sinne der Kapitalisten. Wir wollen, daß nach diesem Krieg die soziale Revolution kommt. Man muß in den Wahlkampf mit einer Anklage gegen das kapitalistische Regime eintreten. Wenn das die Minderheit will, dann bin ich bereit, Absolution und volle Kameradschaft zu bewilligen.

Der Generalsekretär der Partei Frossard betonte, man dürfe nicht erklären, daß man die Partei verlassen wolle, wenn sie bolschewistisch werde. Albert Thomas rief dazwischen: Zugegangen, aber wenn die Partei sich der dritten Internationale anschließt, bedeutet das den Bruch. Renaudel und Compère Morel stimmten dem zu. Frossard erwiderte: Glaubt Ihr, daß man der Einheit dient, wenn man Dinge begeht wie Barbe? Die Einheit ist allen Sozialisten heilig. Sie ist aber nur möglich, wenn das Programm von Amsterdam erfüllt wird. Frossard erklärte, er sei kein Anhänger von Repressalien gegenüber den ausscheidenden Deputierten. Thomas habe auf dem Kongress im April gesagt, er wolle sich der Disziplin unterwerfen, wenn sein Gewissen dadurch nicht beschwert werde. Das sei eine Theorie, die, wenn sie zur Anwendung kommt, jede Disziplin und auch jede Organisation untergrabe.

Zur Arbeiterkonferenz in Washington.

Im Anschluß an die vor einiger Zeit gebrachte Nachricht, daß Deutschland und Deutsch-Oesterreich nicht offiziell zur Beteiligung an der Arbeiterkonferenz in Washington eingeladen werden sollen, erschien "Stockholms Dagblad" vom Reichstagsabgeordneten Herman Lindquist, dem Vorsitzenden der schwedischen Landesorganisation, daß die Arbeiter der skandinavischen Länder sich unter diesen Umständen nicht an der Konferenz beteiligen würden. Lian, der Vertreter der norwegischen Landesorganisation, nahm seine Wahl nur unter der Bedingung an, daß auch die deutschen und österreichischen Arbeiter an der Konferenz in Washington teilnehmen dürfen. Auch die deutschen Arbeiter haben beschlossen, nicht nach Washington zu gehen, weil der Ausschluß der deutschen und österreichischen Arbeiter im Widerspruch mit den auf der sozialistischen Konferenz in Amsterdam gefassten Beschlüssen steht.

Vom Ostrau-Karwiner Steinkohlenrevier.

Mährisch-Ostrau, 20. September.

Die Kohlenförderung und Kokserzeugung im Ostrau-Karwiner Steinkohlenrevier hat in der Zeit vom 8 bis 14. d. M. 1.120.647 Tonnen Kohle und 232.982 Tonnen Koks betragen. An Vorräten waren vorhanden: 165.957 Tonnen Kohle und 52.653 Tonnen Koks. In der bezeichneten Zeit hat ein Streik stattgefunden. In der Vorwoche vom 1. bis 7. September hat die Kohlenförderung 1.377.195, die Kokserzeugung 229.599 Tonnen betragen. Die Kohlenförderung

haben sich auf 175.152 Tonnen, die Vorräte an Koks auf 38.474 Tonnen belaufen.

Prag, 20. September.

"Geske Slovo" macht das internationale, insbesondere das englische Kapital für den drohenden Verlust von Zeichen verantwortlich. Das Blatt schreibt, man habe das englische Kapital vergessen, das auch während des Krieges ganz ruhig Hand in Hand mit dem geschäftigen Friedrich Habsburg an der Kohlensförderung des Ostrau-Karwiner Reviers arbeitete. "Wir kennen unsere Feinde, es ist nicht ein Volk und nicht ein Staat, sondern das Kapital und darin liegen wir uns um so mehr der Schweizer Frankreich zu, welche in gleicher Weise für die Befreiung Elsaß-Lothringens arbeiten mußte. Wir wissen nun, wer für uns ist und wer gegen uns. Die Kräfte sind ungleich, aber das Recht wird siegen. Brüder von Teschen, noch gehört ihr zu uns, und faltt ihr als Opfer des Kapitals, dann werden wir auch unser Schlesien holen".

Locales.

Lódz, den 22. September 1919.

Herbstbeginn.

Nach dem Kalender hält heute der Herbst seinen Einzug, die Sonne tritt aus dem Bilde der Jungfrau in das Zeichen der Waage; wir haben Tage und Nachgliche, d. h. 12 Stunden Tag und 12 Stunden Nacht. Noch vor ein paar Tagen schien es, als wollte der Himmel seine Herrschaft noch nicht sobald an den Herbst abtreten, seit Sonnabend aber ist es wirklich Herbst geworden. Kalter Regen und dichter Nebel lösten die Sonne ab, die bis dahin fast höchstmerlich glühte.

Der von uns gegangene Sommer hat die in ihm gelebten Hoffnungen nicht erfüllt, denn er war gar zu sehr mit Regen gesegnet gewesen; erst in den letzten drei Wochen versuchte er die uns durch die nachkalte Siebenstürmerperiode bereitete Enttäuschung zu vergeben. Schließlich haben wir aber den Sommer nunmehr zu sein, ist doch die Ernte trotz allem gut unter Dach und Fach gekommen und wirklich noch reichlicher ausgefallen als überhaupt erwartet werden konnte. Wir wollen hoffen, daß auch die Ernte der Herbstfrüchte, vor allem die Kartoffeln nichts wird zu wünschen übrig lassen, stellt doch die Kartoffel bei einem großen Teil unserer Bevölkerung ja die Hauptnahrung dar. Wir haben nur den einen Wunsch, daß angesichts des großen Mangels an Kohle und andrem Heizstoff die kalte Witterung noch recht lange ausbleiben möge.

Zu den Unruhen am Mittwoch. Der Kommandant der Stadt Lódz ließ der Lódzer jüdischen Gemeindeverwaltung folgendes Schreiben zugehen: In Beantwortung des Schreibens vom 18. d. M. teile ich mit, daß die Sicherungsmaßnahmen in so weitem Umfang erlassen wurden, daß die Notwendigkeit der Einschaltung des Militärs, auch einzelner Militärpersonen, in die Angelegenheiten der Zivilbevölkerung, mit Ausnahme des Falles der Anordnung einer militärischen Einschaltung seitens des Staates, in welch gegebenen Fall die betreffende Militärabteilung im Sinne des obligatorischen Status handelte, garnicht vorlag. Was die Untersuchung in Sachen der Ausschreitungen betrifft, worüber die Gemeinde mitteilt, so ist diese bereits eingeleitet; ich wäre für die Angabe der Nummern bezüglich der Namen der Polizisten, die gemeinsam mit dem Haderschen Sergeanten und dem Gendarmesoldaten die Revision in der Gemeindelanzlei vornahmen, dankbar, wobei ich betone, daß ohne diese Einzelheiten die Untersuchung der Angelegenheit und Ermittlung der Schuldigen sehr erschwert sein würde.

In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag fand der "Straz Polska" zufolge, eine geheime Sitzung der Kommunisten statt, in der mehrere Delegierte polnischer Berufsverbände anwesend waren, die sich an den Verhandlungen jedoch nicht beteiligten. Die Kommunisten beschlossen den Streik zu wiederholen. Der Zeitpunkt wurde jedoch nicht bestimmt.

Vor gestern verhaftete eine Streiwache einen gewissen Jan Kubal, der sich mit einer Art auf den Polizisten Jan Witorowski gestürzt hatte. Witorowski stand vor den Baracken am Bahnhof Lódz-Kutno Wache.

In der gestrigen Nummer unseres Blattes berichteten wir von einem Überfall auf die Wohnung des Polizisten Gebler in der Petriaustraße 183. Wie es sich erwies, handelt es sich hier nicht um einen Überfall, sondern um einen Raubzaal. In gestriger Nacht fanden sich auf dem Hofe abermals einige verdächtige Personen ein. Als die vom Hauswächter benachrichtigte Polizei eintraf, hatten sich die Männer bereits entsezt. Im Hause 181 wurden 2 verdächtige Männer bemerkt, die beim Anblick der Polizei über den Haun flohen. Kaum hatte sich die Polizei entfernt, als die Frau Gebler um Hilfe zu rufen begann. Sie hatte bemerkt, wie sich zwei Leute, die sich während der Anwesenheit der Polizei auf dem Dache befunden hatten, an der Dachrinne herabließen. Daraus geht hervor, daß ein Raubzaal vorlag. An dem blutigen Mittwoch war der Polizist Gebler auf dem Neuen Ringe durch einen Steinwurf am linken Bein verwundet worden.

Die Kommandantur der Staatspolizei in Lódz schreibt uns:

Es ist zur behördlichen Kenntnis gelangt, daß das von einem besonderen Komitee vorbereitete Manifestationsbegräbnis der am 17. September Gefallenen von Provokateuren und bekannten Aufwiegern für ihre Ziele ausgenutzt werden soll; das ernste Begängnis sollte zu einer Hege gegen die Eintracht und die gesellschaftliche Ordnung werden.

Auch nicht eine der polnischen politischen und sozialen Gruppen fand es für geraten, auf der Fahrt der Provokateure zu wandeln, sondern fanden es für richtig, die Verstorbenen nach den religiösen Vorschriften zu bestatten. Da es also nicht zulässig war, eine neue Gelegenheit für die niederrädrige Provokationsarbeit dieser zu schaffen, die die Lösung "Arbeit und Brot" am 17. d. M. dazu benutzten, dem Vertreter der wichtigsten bürgerlichen Institution mit dem Tode zu drohen und mit Knütteln bewaffnete Arbeiter zu ihm zu schicken, die Polizei mit Steinen zu bewerfen und mit Fäulen zu treten und die es für notwendig hielten, daß die Straßenbahnen demoliert würden — deshalb haben die Behörden beschlossen, die Verstorbenen unter Teilnahme der Geistlichkeit ohne großes Aufheben beizusezen. Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

Haftung. Gestern früh um 6 Uhr 5 Minuten wurde im Hofe des Gefängnisses in der Dugastrasse das Urteil gegen den 28-jährigen Felix Pinter vollstreckt. Bei der Vollstreckung des Todesurteils waren der Staatsanwalt, ein Arzt, ein Geistlicher, der Starost von Lódz und der Chef der Kriminalpolizei anwesend.

Drohender Ausstand in Kochanowka. Das Personal der Heilanstalt "Kochanowka" setzte die Gesundheitsdeputation des Magistrats davon in Kenntnis, daß, wenn die Angelegenheit der Erhöhung der Gehälter der Angestellten dieses Spitals bis zum 24. September nicht entschieden sei, sie am 25. September in den Ausstand treten.

Verhaftungen von Arbeiterdelegierten. Am Sonnabend nahmen Beamten der Kriminalpolizei und Polizisten des 7. Kommissariats im Lokale der Berufsverbände, Pusta 13, um 1/8 Uhr abends, eine eingehende Revision vor. Obwohl nichts gefunden wurde, wurden Delegierte mehrerer

Textilfabriken, die sich Auskunft holen kamen, verhaftet.

Der frühere Sekretär der Berufsverbände in Lódz, Wladyslaw Hübner, wurde vom Warschauer Bezirksgericht wegen Verbreitung kommunistischer Literatur zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt.

Vom Bahnbau Lódz-Kutno. Der zeitweilige Leiter des Bahnbau, Ingenieur P. Stawiski, gibt den Arbeitern, die am Bau der Bahn Lódz-Kutno beschäftigt waren, bekannt, daß die Frist jener 2000 von ihnen, die auf Grund der Verordnung des Ministeriums für Notstandsarbeiten weiter beschäftigt werden sollen, im Lokale an der Pospożecznat (Chojno) ausgehängt werden wird. Es werden ausließlich bisher angestellte Arbeiter beschäftigt werden. In erster Reihe werden Arbeiter mit großer Familie berücksichtigt werden. Die Einschreibung von Arbeitern, die bis jetzt an den Bahnbau Lódz-Kutno nicht beschäftigt waren, kann gegenwärtig nicht erfolgen.

Der Auslandsposttarif. Die Gebühren betragen: 1. für Briefe bis 20 Gramm 50 Pf., für jede weiteren 20 Gramm 30 Pf.; 2. Postkarten 20 Pf.; 3. Drucksachen für jede 10 Gramm 10 Pf.; 4. Geschäftspapiere für jede 50 Gramm 50 Pf., jedoch nicht weniger als 50 Pf.; 5. Warenproben für jede 50 Gramm 10 Pf., jedoch nicht weniger als 20 Pf.; 6. Das Einschreiben kostet 50 Pf.; 7. Rückantwortscheinen kosten 50 Pf.; 8. Källamationsgebühren 50 Pfennig. Zeitungen werden im Auslandsverkehr als Drucksachen betrachtet. Mit Ausnahme der Briefe und Postkarten müssen die Auslandspostsendungen und zwar Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben, bei der Aufgabe wenigstens teilweise frei gemacht sein. In das Ausland können Briefe von unbeschränktem Gewicht, Warenproben bis 350 Gramm, Drucksachen und Geschäftspapiere bis 2 Kilogramm gesandt werden. Auslandsbriefe unterliegen der Kriegszenzur. Aus diesem Grunde sind die Briefe offen aufzugeben und mit der Adresse des Absenders zu versehen.

100 000 polnische Arbeiter für Frankreich. Der "Times" wird aus Warschau gemeldet, daß am 6. September zwischen den französischen und den polnischen Regierung ein Abkommen zur Entsendung von 100 000 polnischen Arbeitern nach Frankreich geschlossen wurde. Die polnische Regierung erhält dadurch die Möglichkeit, einen Kredit in französischem Gelde aufzunehmen.

Der Tanzabend in den Sälen des Hotel Manteuffel, der am Sonnabend abend zugunsten des Armenhauses des christlichen Wohltätigkeitsvereins stattfand, zeigte in finanzieller Beziehung den erwarteten Erfolg und verließ sonst in überaus befriedigender Weise obwohl die Besucherzahl keine besonders hohe war. Die ausgeschickten Karten fanden größtenteils Absatz, so daß die gemeinnützige Institution, der die ganze Veranstaltung galt, abermals eine ansehnliche finanzielle Zuwendung erhielt. Die erschienenen Teilnehmer unterhielten sich vorzüglich, wozu das gut eingespielte Casinoorchestere viel beitrug. Das Fest dehnte sich bis in die ersten Morgenstunden hin aus, und wohl alle traten in angeregter Stimmung dem Heimweg an, in dem angenehmen Bewußtsein, einige recht fröhliche und genußreiche Stunden verbracht zu haben.

Landwirtschaftliche Schulen. Die Schulfktion des Instituts für Kultur und Aufklärung gibt bekannt, daß folgende landwirtschaftliche Schulen eröffnet werden: Landwirtschaftliche Jahrschulen in: Kraśnik, Kreis Lubartow; in Golotyczna, Kreis Ciechanow; Kruszynt, Kreis Błocław. Der Unterricht wird in den genannten Schulen am 15. Januar 1920 beginnen. Für

Knaben wird die landwirtschaftliche Schule in Pultusk am 1. November wieder eröffnet werden. In Sokolowka, Kreis Ciechanow, wird am 1. Januar 1920 ein fünfmonatiger landwirtschaftlicher Kursus beginnen. In allen angeführten Schulen betragen die Kosten des Lebensunterhalts im Internat 75 M. monatlich. Gebühre sind an folgende Adressen zu richten: Warszawa, ul. Sadowa nr. 14, m. 2. Dort können auch Auskünfte eingeholt werden. Die Anmeldungsgebühr ist sofort einzuzahlen. Gleichzeitig sei erwähnt, daß in Błogoraj am 15. Januar 1920 ein 1/2 Jahreskursus in der Hauswirtschaft für Mädchen beginnen wird.

Die landwirtschaftliche Schule in Pszczelin bei Warschau beginnt am 1. November mit einem vom Landwirtschaftlichen Centralverein organisierten 1/2 Jahreskursus. In die Schule werden Kandidaten im Alter von mindestens 18 Jahren aufgenommen, die später auf eigenem Grund und Boden wirtschaften sollen. Die Schüler wohnen bei der Schule und erhalten dort auch die Verpflegung. Für den Unterricht, Kost und Logis, Wäsche, Arzt usw. wird ein Jahresgeld von 127 Mark erhoben.

In der vorgestrigen Monatsversammlung der Mitglieder der Landwirtschaftlichen Gesellschaft des Lódz Bezirks, in der Herr Kochanowski den Vorsitz führte, wurden folgende Angelegenheiten erledigt: Was die Eröffnung einer landwirtschaftlichen Schule betrifft, die anfänglich in Czarnocin geschaffen werden sollte, wurde beschlossen, eine solche Schule in Brzeziny zu eröffnen. Eine Kommission soll sich mit der Verwirklichung dieses Planes beschäftigen. Der Direktor des Lódz Landwirtschaftlichen Spitals berichtet über die Lieferung von Samen zur Aussaat. Zum Schluß berichtete Herr Schantz über die Einführung der mechanischen Düngung des Ackers und gab Aufklärung über die Bedingungen des Gebrauchs von Motorpflügen.

Handwerkerlehrungsstörse. Am 1. Oktober werden die Handwerkerlehrungsstörse eröffnet werden. Zum Leiter wurde Herr Direktor Kazimierz Tomaszewski berufen.

Über die Einziehung der deutschen Reichsbanknoten zu 50 Mark mit dem Datum vom 20. Oktober 1918. wird vom Reichsbankdirektorium in Berlin bekannt gegeben: Diese Fünfzigmarknote hatte bis zum 10. September die Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel. Nach diesem Tage ist nur noch die Reichsbankhauptkasse zur Einlösung verpflichtet. Diese Einlösungspflicht erstreckt sich aber bis zum 10. September nächsten Jahres.

Verurteilte Banditen. Das Bezirksgericht verhandelte gegen den 28-jährigen B. Przybylski, den 25-jährigen W. Przybylski, den 20-jährigen A. Arndt und den 25-jährigen Otto Hauser, die sämtlich angeklagt waren, am 25. März im Dorfe Swiendowek, Kreis Brzeziny, auf die Familie Neujahr einen bewaffneten Raubüberfall begangen zu haben. Die Angeklagten waren vor Gericht geständig. Sie wurden sämtlich zum Verlust aller Rechte und zu Zuchthaus verurteilt: A. Arndt zu 15 Jahren, B. Przybylski und Otto Hauser zu je 12 und B. Przybylski zu 10 Jahren.

Das Sanatorium für schwindsüchtige Schulkinder in Chojno. wird am 30. September geschlossen. Dort sind 150 Kinder untergebracht. Die Eröffnung eines neuen Sanatoriums findet am 1. Oktober in der Aleksandrowskastraße 115 statt.

Neue städtische Badeanstalt. Infolge der Einführung des allgemeinen Schulzwanges und der dadurch hervorgerufenen Vergrößerung der Zahl der Schulkinder, die die Schulbäder besuchen müssen, hat die Schuldeputation des Magistrats

beschlossen, noch eine Badeanstalt für Schulkinder in Betrieb zu setzen. Diese Badeanstalt wird sich Krucza 32 bei Herrn Wolf befinden.

Von unserer Post.

Die modernste Einrichtung im Staate — das soll die Post sein. Sie ist es auch — anderwärts, bei uns muß man leider nur zu oft bittere Klage über sie und ihr britisches Wesen führen, das im Zeitalter der Postkutsche vielleicht berechtigt war, heute aber — im Zeitalter des Postflugzeugs und der drahtlosen Telegraphie — ist der schreckliche Gang unserer Postmaschine ein Unding.

Sehen wir uns zum Beispiel die Beförderung der Zeitungen an. Zeitung und Post scheinen doch zwei Zwillingsschwestern zu sein, da beide im gleichen Maße dem Verkehr zwischen Mensch und Mensch dienen. Bei uns ist die Zeitung leider die Stiefschwester der Post, die von dieser über die Achsel angehoben wird. Unsere Zeitung wird in manchen Ortschaften garnicht oder mit Verzögerung zugestellt, ohne daß die Vorstellungen der Bezieher und Absender etwas helfen würden. Ja, selbst Beschwerden beim obersten Leiter des Postweins in Polen, dem Minister Linde in Warschau, blieben unbeachtet. Dabei hat dieser hohe Beamte s. g. erklärt, daß seine vornehmste Aufgabe sein würde, den schnellen Verlauf der Zeitungen zu organisieren. Herr Minister Linde bat damals, Beschwerden über mangelnden Zeitungsverlauf bei ihm persönlich vorzubringen. Hat er vielleicht seine Aufsicht geändert?

Ein anderer Fall. Aufsieder von zahlreichen eingeschriebenen Briefsendungen verwenden zu ihrer und der Bequemlichkeit der Post besondere Postquittungsbücher. Die sonst für jede aufgegebene Sendung besondere ausgeteilte Quittung kommt hier in Begfall, weil für alle Briefe zusammen im Buche quittiert wird. Auch die Lódz Post hat diesen überall in der Welt üblichen Brauch übernommen; leider hat sie ihn aber entsprechend zugestutzt. Natürlich in möglichst unpraktischer Weise. Ein solches Quittungsbuch kostet 6 Mark. Es enthält 100 Doppelseiten, die gezähnt sind. Die Eintragung wird mittels Paßpapiers durchgeschrieben; ein Blatt nimmt der Postbeamte an sich, das andere bleibt im Buche. Nehmen wir an, daß manchmal nur ein Brief aufgeliefert wird, wieviel kostet dann die Quittung! Sechs Pfennig! Die angestrebte Vereinfachung muß eben befeuert werden.

Wir wollen ein Telegramm aufgeben, haben aber keine Zeit, es selbst zu tun und schicken einen Boten. Was wird ihm auf dem Telegraphenamt geantwortet? Der Ausgeber muß aufschreiben, womit er sich beschäftige, welche Nummer sein Post trage und wo er ausgestellt sei. Diese schriftlichen Angaben nützen jedoch nichts, denn der Bote mußte noch einmal umkehren, um den Paß zu holen. Sind das keine Steine, die dem Publikum in den Weg gelegt werden? Hat der gottverfluchte Paßzwang, der für anständige Staatsbürger nur einen Last darstellt, für den Verbrecher aber kein Hindernis bedeutet, da es ja falsche Pässe gibt, noch nicht aufgehört? Eine Depesche eilt, jede Minute ist oft kostbar, warum da die Verzögerung? Das Lódz Telegraphenamt scheint in dieser Hinsicht besonders menschenfeindlich zu sein, denn die Dame, die die Telegramme entgegennimmt, ist, wie allen Lesern unseres Blattes wiederholt versichert wurde, alles eher denn höflich. Befremdlich ist, daß Quittungen bei der Aufgabe des Telegramms besonders beantragt und bezahlt werden müssen. Wer das nicht weiß und um die Quittung nach Entgegennahme der Depesche bittet, erhält sie nicht. Warum nicht?

Und so könnte man seinem Herzen noch weiter Lust machen. Es sei jedoch genug; das Angesagte genügt.

Eine Glocke erkönt. Der Diener trat ein.

Gleichzeitig huschte aber auch der Stiefel-Martin, blaß vor Angst, hinaus.

„Siehe zu, daß dieser Herr so bald als möglich das Schloß verläßt“, sagte Graf Max laut zu dem Diener. „Meldet mir, wann es geschehen ist!“

Martin hörte dies noch im Vorzimmer.

Wilde Fläche in sich hineinmirend, stieg Martin nach unten, wo sich seine Stube befand. In seiner Wut zertrümmerte er die Möbel, stürzte sich den Hut auf den Kopf und verließ mit dem Handkoffer das Schloß.

Inzwischen war es halb zehn geworden. Max von Lindenholzen befand sich in voller Uniform, als er seine Gemächer verließ, um jene Wera's aufzusuchen.

„Ich hätte eine Bitte an Sie“, kam es plötzlich von den Lippen der Gräfin.

„Wenn ich sie erfüllen kann — ?“

Er sah, wie erregt sie war, wie ihr Busen stieg.

„Ich möchte ihn — nicht mehr sehen — ich kann es nicht! Es ist entsetzlich! Ich fürchte mich plötzlich vor ihm! Wenn er mir entgegentritt!“

„Seien Sie ohne Furcht; dies wird nicht geschehen!“ erwiderte Max.

Man hörte das Vorfahren eines Wagens. Sofort erhob sich Max.

„Nehmen Sie meinen Arm, Wera“, bat er.

Sie erschrak vor seinem farblosen Gesicht, aber sie legte mit einem Gefühl der Sicherheit ihren Arm in den seinen. Als sie an Arturs Gemächer vorbeikamen, fühlte der Graf, daß Wera festiger seinen Arm preßte. Sie kamen unten an, ohne daß Artur ihnen den Weg verlegt hätte. Der Schlag stand offen. Es war der alte Kutscher des Schlosses, der mit dem Hute in der Hand dabei stand. Auch sein Gesicht war tief ernst.

„Graf — was um Gotteswillen haben Sie?“ rief Wera. „Dieser Schutz — ?“

Der Graf nickte. „Sie brauchen keine Scheidung mehr, Wera!“

„Graf Artur — ?“

„Sie stieß es atemlos hervor.

„Sie sind — Witwe!“

Mit einem Aufschrei fiel sie zurück in die Polster.

Fortsetzung folgt.

Försters Hantchen.

Roman von W. Norden.

(131. Fortsetzung.)

„Und Graf Artur?“
Max von Lindenholzen erhob sich langsam.

Er sah den Bagabunden scharf an.
„Graf Artur wird um diese Zeit seine Schuld mit dem Tode gesühnt haben!“

Der Stiefel-Martin riß die Augen jetzt weit auf.

Er schien langsam zu begreifen.

„Das — wäre —“ stotterte er.

Der einzige Weg, sich einen Menschen wie Euch vom Halse zu schaffen. Ihr kennt nun Euer Los! Geht!“

Martin verzog das Gesicht zu einer jämmerlichen Miene.

„Herr Graf —“ meinte er, „ich ließe am Ende mit mir reden! Man muß ja nicht gerade hier sitzen, wenn man wo anders sein Auskommen hat. Wenn mir mit einem Stück Geld unter die Arme gegriffen würde —“

„Dort ist die Tür! Geht!“ befahl ihm der Graf.

Der Stiefel-Martin glitt nach dem Ausgang.

Teufel! Das war eine nette Geschichte! Daß er gehörig in der Patsche! Kein Geld und das Gericht am Halse!

„Vielleicht überlegen der Herr Graf doch noch! Die Leute brauchen ja nicht zu wissen, daß ein Graf —“

„Ich werde Euch sogleich Füße machen! Jede Viertelstunde, die Ihr hier noch länger bleibt, beschleunigt Euer Verderben!“

„Aber ich habe doch —“

Eine Glocke erkönt.

Der Diener trat ein.

Gleichzeitig huschte aber auch der Stiefel-Martin, blaß vor Angst, hinaus.

„Siehe zu, daß dieser Herr so bald als möglich das Schloß verläßt“, sagte Graf Max laut zu dem Diener.

„Meldet mir, wann es geschehen ist!“

Martin hörte dies noch im Vorzimmer.

Wilde Fläche in sich hineinmirend, stieg Martin nach unten, wo sich seine Stube befand.

In seiner Wut zertrümmerte er die Möbel, stürzte sich den Hut auf den Kopf und verließ mit dem Handkoffer das Schloß.

Inzwischen war es halb zehn geworden.

Max von Lindenholzen befand sich in voller Uniform, als er seine

Wirtschaftliches.

Die Gefahr der Einfuhr.

Der „Kurier Warszawski“ veröffentlicht in der Nr. 252 aus der Feder des Herrn Dr. Józef Gilchen unter der obigen Überschrift einen längeren Artikel, dem wir nachstehendes entnehmen:

„Seit deröffnung der Reichsgrenze für die Einfuhr von Auslandwaren beobachten wir ein ständiges und ein immer forciertes Sinken des Kurses der polnischen Mark, nicht nur im Verhältnis der Valuta der Ententestaaten, sondern sogar im Verhältnis zur deutschen Mark. Außerdem tritt die vorübergehende Herabsetzung der Warenpreise, die durch die Einfuhr billiger Artikel hervorgerufen wurde, immer weniger in Erscheinung. Neue Abschläge und neue Warenarten werden zu immer höheren Preisen gewonnen und zu immer höheren Preisen verlaufen.“

Von den Ländern Europas orientierte sich Belgien am schnellsten und verbot die Einfuhr sämlicher Waren, außer den zur Inbetriebsetzung und zum Wiederaufbau der Industrie erforderlichen. Die Folgen davon machten sich sofort am Kurse des Franken und an den Preisen bemerkbar, die im Vergleich mit denen vom Dezember des vorst. Jahres durchschnittlich um 40% sanken. In Frankreich, Amerika und England steigen die Preise seit einer Reihe von Monaten ständig.

Der Grund, den der von allem entblößte, nach allen Artikeln um jeden Preis begierige Osten für den Westen vorstellt, ist jetzt schon ein natürlicher Faktor der Preiserhöhung für die im Westen in ungengender Menge hergestellten Waren und wird es auch bleiben.

Auf dem Boden Warschaus mehren sich wie Pilze nach dem Regen, Handelsgesellschaften, dem Ziel der Handel mit dem Auslande ist.

Weit weniger hört man von einer Errichtung und Inbetriebsetzung der Fabriken.

Und doch kann uns nicht die Einfuhr, sondern nur die eigene Produktion, selbst die teuren, retten und stärken.

Als Beispiel seien wenige Zahlen angeführt: Trotz der Teuerung für Rohstoffe, Arbeiter, Kohle, Beförderung usw. stellen die bereits zum Teil

in Betrieb gesetzten Bydgoszter Manufakturen grobe Leinwand zum Preise von 2 Mark pro Meter her.

Die Lodzer Baumwollmanufakturen produzieren gegenwärtig trotz der hohen Preise für Baumwolle (die zu Beginn dieses Jahres billiger als heute in Liverpool eingekauft wurde) Stoffe für Soldatenwäsche zum Preise von 2 Mark pro Meter her.

Wenn wir diese Preise der Stoffe mit den Preisen vergleichen, wie wir sie heute auf dem Markt nach Einführung der ausländischen Fächerstoffe haben (wovon die billigste Leinwand und Stoffe dieser Art ca. 20 Mark pro Meter kosten) dann müssen uns diese Zusammenstellungen bereits überzeugen und die Richtlinien der Wirtschaftspolitik andeuteten.

Unsere ganze Energie muss für die Produktion verwendet werden.

Der Westen darf für unsere Geschäftswelt nur zur Einfuhr von Rohstoffen und Artikeln, die zur Inbetriebsetzung der Industrie nötig sind, sowie zur Deckung der fehlenden Lebensmittel in Betracht kommen.

Das ganze Volk müsste seine Bedürfnisse so lange einschränken, bis es soviel produziert, daß es letztere befriedigen, oder Waren zum Austausch gegen andere zur Verfügung haben könnte.

Die Industriellen antworten: Heute seien wir die Fabriken in Betrieb und morgen haben wir einen Streik in Aussicht.

Wahrhaftig — ein irreführender Kreis, ein Labyrinth. Und doch haben andere Völker einen Ausweg gefunden. In Deutschland war der Taumel schnell verflogen (ob dieser gekünstelt oder natürlich war, wird die Geschichte am besten beurteilen). Die färglichen, von dort hierher gelangenden Nachrichten lassen uns vermuten, daß das ganze Volk mit der ihm angeborenen Energie und Systematisierung zur Arbeit geschritten ist. Das Recht auf den Achtstundenarbeitsstag ist verschwunden, es wird bereits ausdrücklich vom 6-Stündigem und so ganz ruhig wird auch der 10- und mehrstündige Arbeitstag geduldet werden. Die deutschen Waren sind bereits auf französischen Märkten aufgetaucht. Von einer Verstaatlichung der Unternehmen und Bergwerke hört man bereits gar nichts mehr.

Und bei uns?

Jeder weiß, daß unsere in Eile organisierte Staatsverwaltung nicht genügend Kräfte besitzt, um die Führung und Inbetriebsetzung der Industrie zu übernehmen. Die Erfahrung der wenigen Monate überzeugte uns davon, daß in den Fabriken, die die Regierung übernommen hat und auf eigene Rechnung weiterführt, am häufigsten gestreikt wird und die Arbeiter die höchsten Forderungen stellen, sowohl inbetreff des Lohnes, als auch der Zeit, dafür aber als Gegenleistung das Mindeste erbringend. Sie wollen sich allein die Vorteile der Staatsbeamten zunutze machen, aber kein entsprechendes Aequivalent an Arbeit liefern. Kein Preis der Arbeit wird aber bei dem Sinken des Geldwertes die Existenz der Arbeiter verhindern, da mit dem Augenblick der Lohnhöhung auch alle Preise bedeutend steigen und der Lohn weiterhin nicht ausreichen wird.

Was zum heutigen Tage hat der Staat in bezug auf die Schaffung von Bedingungen, die zur Anlegung des Kapitals in der Industrie ermuntern würde, nichts getan. Im Gegenteil, sowohl in der Arbeiterfrage, als auch in den allgemein rechtlichen Anordnungen hat er entmobiligt und dem Kapital jede Betätigung unmöglich gemacht.“

Zur Auflösung der Posener Handelskammer Das „Posener Tageblatt“ schreibt: Unsere 1851 gegründete Handelskammer ist bekanntlich durch Verfüzung des Obersten Volksrats aufgelöst worden, die Kammer als solche ist in polnische Verwaltung übergegangen. Zum Kommissar ist Dr. Pernaczynski, Direktor der Bank Przemysłowa, ernannt worden, der die Verwaltung derselben bis zu den Neuwahlen inne hat. Zum Syndikus ist Dr. M. Lisiński, der früher Rechtsanwalt war, gewählt worden. Die Interessen der deutschen Kaufmannschaft liegen in den Händen des Assessors Dr. Wongrowicz. In Polen bestanden bisher keine Handelskamern, so daß dem Landtage in Warsaw ein neues Handelskammergesetz vorgelegt werden muß. In unserer alten Handelskammer hatten wir eine Körperschaft, die die gesamten Interessen des Handels und der Industrie unseres Bezirks, besonders den Behörden gegenüber, wahrzunehmen und diese mit sachverständigem Rat zu unterstützen verpflichtet war. Unter der bisherigen Leitung des Syndikus Dr. Hampke hat sie Anrecauen, Gutachten abgegeben, die sich auf alle

Gebiete der Wirtschaftspolitik und des Verkehrs erstreckt haben. Für unsere Handelskammer hat sie ein lebhaftes Interesse an den Tag gelegt, bei der Führung des Handelsregisters hat sie das Gericht nach Kräften unterstützt.

Eine französische Gesellschaft zur Ausbeutung galizischer Kohlgruben. In Lille wurde mit einem Kapital von zehn Millionen Franc eine Gesellschaft zur Ausbeutung galizischer Delgruben errichtet.

Sozialisierung einer deutschen Großfirma. Die Geschäftsleitung der Firma Karl Gräff in Jena hatte der Arbeiterschaft erhebliche Zugeständnisse für eine weitere Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gemacht, verlangte aber zur Hebung der Produktion die Rückkehr zur Akkordarbeit. Die darauf vorgenommene Abstimmung ergab zwar eine geringe Mehrheit für die Annahme der Vorlage der Geschäftsführung. Das Ergebnis war aber insofern unbestridig, weil die für die Wiedereinführung der Akkordarbeit allein in Betracht kommende Gruppe der Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit gegen die Vorlage gestimmt hatte. Darauf fanden neue Verhandlungen und eine nochmalige Abstimmung statt. Das Ergebnis war nunmehr bei den unmittelbar produktiven Arbeitern 1140 Stimmen für und 820 Stimmen gegen die Vorlage. Damit ist die Wiedereinführung der Akkordarbeit bei der Firma Gräff gesichert.

Um 1100% an einem Tag gestiegen. An der Berliner Börse bildet die Kurssteigerung von 1100% für Bomaaktien die große Sensation. Eine solche Steigerung eines einzelnen Papieres ist in den Annahmen an der Berliner Börse noch nicht zu verzeichnen gewesen. Das Papier war bereits in den letzten acht Tagen um 1200% gestiegen und erreichte mit der Kurssteigerung den Rekordstand von 31%. Auch deutsche Kohlenanteile wurden abermals um 25% emporgetrieben. Die Steigerung ist auf die achtzehn Käufe des feindlichen Auslandes zurückzuführen.

Herausgeber: Hans Gräfe. Verantwortlich für Politik: Hans Gräfe, für Wirtschaft: Adolf Karsik, für Inland: Augusteine und den wirtschaftlichen Teil: Alfred Toeplitz, für Internat: Gottlieb Kästner. Dr. Dr. der „Bohmer Freien Presse“ Redaktion: Karlsbad 86.

Das österreichische Notbuch veröffentlichte am 1. Juli 1914 u. Buchesenthalt Gleichzeitig gesc. secundum des dem Titel „Notbuch des Weltkriegs“ enthält eine Liste bis zum Ende der Kriegszeit veröffen. Friedensvertrag des Ministeriums um einseitige Kriegsausbrüche. Allen geht he durch den Kriegszeitnahmehabenden Beröffentlichung der Diensthandlungen abgelehnt.

Die „Notbuch des Preßedienstes“ Dr. Wohl hat der öffentliche Reichs- und Landes- und der österreichischen Friedensvertrag des Ministeriums um einseitige Kriegsausbrüche. Allen geht he durch den Kriegszeitnahmehabenden Beröffentlichung der Diensthandlungen abgelehnt.

Die „Notbuch des Preßedienstes“ Dr. Wohl hat der öffentliche Reichs- und Landes- und der österreichischen Friedensvertrag des Ministeriums um einseitige Kriegsausbrüche. Allen geht he durch den Kriegszeitnahmehabenden Beröffentlichung der Diensthandlungen abgelehnt.

Die „Notbuch des Preßedienstes“ Dr. Wohl hat der öffentliche Reichs- und Landes- und der österreichischen Friedensvertrag des Ministeriums um einseitige Kriegsausbrüche. Allen geht he durch den Kriegszeitnahmehabenden Beröffentlichung der Diensthandlungen abgelehnt.

Die „Notbuch des Preßedienstes“ Dr. Wohl hat der öffentliche Reichs- und Landes- und der österreichischen Friedensvertrag des Ministeriums um einseitige Kriegsausbrüche. Allen geht he durch den Kriegszeitnahmehabenden Beröffentlichung der Diensthandlungen abgelehnt.

Dr. S. Kantor

Spezialarzt für Haut u. venerische Krankheiten. Petrikauer Straße Nr. 144. Seit der Gründung der Stadt Behandlung mit Körnerstränen u. Quarzschliff (Drahtzettel). Elektrif. Konsultation u. Massage (Männer- schwäche). Kankernempfang von 2-2 u. 3-3. I. Damen 0-3-6

Hebamme Nowakowska wohnt gegenwärtig Dziedzina Straße 34.

Kaufe Pelze aller Art. Karakul, Varmos, Teppiche, zähle die höchsten Preise. Petrikauer Straße 67, Hotel „Viktoria“, Zimmer 4. 2881

Kaufe: Möbel, Pianinos, Kassaschränke, wie auch Pelze, Karakul, Foki und verschiedene Garderoben. Zähle die höchsten Preise. (Bürgerliche Kaufleute) Bazarstr. 7, Hotel „Pasztorek“, Zimmer 1. 2857

Kaufe: Familiäre Waren, zähle die höchsten Preise. S. Grochmann, Petrikauer Str. 24. Bem. : Pelz, Reparaturen, Anzüge. 2778

Wöbel!! Einzelne sowie vollständige Einrichtungen kann man am billigsten bei Kaliński & Cieleski kaufen. Wöbelager Aleje Kościuszki 29 (Spacerowa) an der Andrzeja. 2833

Briefmarken! mit Auidrid General, Souvenir, Wochensowie „Poeta Polaka“, werden verkauft. Wochentags von 2-5 Uhr. Dlugoszstraße 106. W. 11.

Achtung! Fabrikanten! Juwelier und Mässchen der Knopf- und Metallwarenfabrik von J. H. Grimm in Lübeck, ist sofort preiswert für Fabrikanten und Markt zu verkaufen. Anfragen an J. H. Grimm in Lübeck, Schützenstraße 20. 2828

Verkaufe abreißhalber komplett. 2845

Wohnungs- Einrichtung aus 4 Zimmern und Küche. Zu erfahren Petrikauer Str. 121. W. 26, von 3 bis 6 Uhr nochm.

Ein Haus mit Garten

abreißhalber zu verkaufen. Bittet um Ratgeber. Petrikauer Straße 5 bei Josef Gräff. 2816

Aus aufgelöster Sammlung zu verkaufen schöne alte Münzen. Münz-Strasse 103, W. 11. Dort werden auch Medaillen gekauft. Wochentags von 2 bis 5 Uhr nachmittags.

Zwirn-Maschine 200 Spindeln in gutem Zustand sofort ganz billig zu verkaufen. Konstantiner Str. 42, beim Färber. 2801

Gutgehender Kolonialwaren-Laden abreißhalber zu verkaufen. 2863

Ein gutgehender Kolonialwarenladen an der Petrikauer mit kleiner angrenzenden Wohnung. Kranzhalber sofort zu verkaufen. Zu erfragen in d. Exp. d. Bl. 2812

Laden- Einrichtung sofort billig zu verkaufen. Lazzewickstr. 35. 2818

3 Handwebstühle mit Zubehör Kranzhalber zu verkaufen. Ruda-Bakantka, Bergstr. 16 bei F. Stoß. 2888

1 Kredenz und 1 Nähmaschine (Singer) sofort zu verkaufen. Bittet bei Lück, Dziedz. 12. 2897

Verkaufe 2853

Möbel! Zimmer- und Küchenmöbel von J. H. Grimm in Lübeck, ist sofort preiswert für Fabrikanten und Markt zu verkaufen. Anfragen an J. H. Grimm in Lübeck, Schützenstraße 20. 2828

Verkaufe abreißhalber komplett. 2845

Wohnungs- Einrichtung aus 4 Zimmern und Küche. Zu erfahren Petrikauer Str. 121. W. 26, von 3 bis 6 Uhr nochm.

Annonsen-Expedition

Bod & Herzfeld

Wien, I., Adlergasse 6.

2849

Transporte

von der

Schweiz Frankreich Italien Spanien Portugal Marokko

nach Polen

durch 2854

Josef J. Leinkauf,

Wien I. Helferstorfer-Strasse № 9. Danzig, Steindamm № 25a.

2847

Centralbank der deutschen Sparkassen.

Prag II., Bredaergasse 14, Prag, Graben, „Deutsches Haus“.

Aktienkapital K 30,000,000.— Rücklagen über K 6,000,000.—

Hauptanstalt: Wien I., Am Hof 3-4.

Zweigniederlassungen: Prag, Brünn, Dornbirn, Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz, Nied, Triest, Villach, Wien III., VII.

Durchführung sämtlicher Bankgeschäfte.

Auskünfte bereitwillig und kostenlos.

Buchhalter

und Geh. Buchhalter werden geführt. Dr. in deutscher u. polnischer Sprache unter „A. B. Kompania“ an die Exp. d. Bl.

Büroarbeiter, ehemaliger Bahnhofsrat und Declarant, mit mehrjähriger Expeditionspraxis undkennt vier Sprachen sucht Stellung. Beste Referenzen. Glownakr. 62 Wohnung 77. 2899

Lehrer oder Lehrerin

der deutschen und polnischen Sprache zu 4 Kindern zur Vorbereitung für die 1-1 Klasse nach der Provinz gesucht.

Offerten nebst Gehaltserhöhung an Hermann Stelle in Gombin, Kreis Gostyn. 2894

Geb. von 1. 10. 19 nach Protoschin gelehrt. Schriftliche Offerten mit Beweisen abzusenden an Gust. Schles., Posen, Breslauer Straße Nr. 4. 2914

Gesucht von alleinstehendem Herrn oder vom 1. Oktober ein leerstehendes Zimmer bei deutscher Familie mit event. Familienanschluß oder Befestigung im Zentrum der Stadt. Ges. Off. unter „A. M.“ an d. Exp. d. Bl. zu richten. 2910

Ein besseres Mädchen! oder Frau, die räumen u. lochen kann, wird per sofort gehucht. Zu erfragen Alexanrowska-Straße Nr. 28, beim Wirt. 2799

Gesucht vom 1. Oktober 1919 oder 1. Januar 1920 im Zentrum der Stadt

3 Zimmer und Küche mit Begräml. G. S. Off. bitte unter „J. M.“ an die Exp. d. Bl. zu richten. 2911

Zgubiony porcel. zwierząt. 40 Marek, passport, legitymacje robotnicze i papiry wojskowe. Oddać proszę Szara Nr. 22. 2917

Geb. vom 1. Oktober 1919 oder 1. Januar 1920 im Zentrum der Stadt

Eine Wohnung von 2 Z